



WIRTSCHAFT VERSTEHEN, ZUKUNFT GESTALTEN

Beiträge zum Jubiläum des Vereins für Socialpolitik

4

Martin Werding

*„Der demografische Wandel:
Überlastung für die Jungen?“*

Im Jahr 2023 begeht der Verein für Socialpolitik e.V. das 150. Jubiläum seiner Gründung. Der Verein für Socialpolitik ist die mit Abstand größte Vereinigung von Ökonominnen und Ökonomen im deutschsprachigen Raum. Seit 1873 fördert der Verein wissenschaftliche Forschung, um zur Lösung von wirtschafts- und sozialpolitischen Problemen beizutragen. Vor diesem Hintergrund hat der Verein für Socialpolitik in Kooperation mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) renommierte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen gebeten, anhand konkreter Beispiele aufzuzeigen, welchen Beitrag ökonomische Forschung zur Lösung drängender gesamtgesellschaftlicher Fragen leistet. Diese Beiträge liegen als Texte und zum Teil als Video vor und sind auf den Webseiten des BMWK und des Vereins für Socialpolitik zugänglich. Die Inhalte werden allein von den Autorinnen und Autoren verantwortet und entsprechen nicht notwendigerweise der Position des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.

Martin Werding ist Professor für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen an der Ruhr-Universität Bochum und seit 2022 zudem Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwk.de

Verein für Socialpolitik e.V.
Mohrenstraße 59
10117 Berlin

Stand

Juli 2023

Diese Publikation wird ausschließlich als Download angeboten.

Gestaltung

PRpetuum GmbH, 80801 München

Zentraler Bestellservice für Publikationen der Bundesregierung:

E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.

4 Martin Werding

„Der demografische Wandel: Überlastung für die Jungen?“

Zusammenfassung

Die Zahl der Erwerbspersonen wird in Deutschland in den kommenden Jahren voraussichtlich mehr und mehr sinken. Die Zahl der Personen im Rentenalter wird dagegen stark steigen. Diese Entwicklung könnte die Position der Jüngeren im Arbeitsmarkt stärken und zu einem verringerten Arbeitslosigkeitsrisiko sowie zu attraktiveren Arbeitsbedingungen führen. Der demografische Wandel wirkt sich aber auch auf die öffentlichen Finanzen, vor allem das gesetzliche Rentensystem, aus: Wenn weniger Beschäftigte in das System einzahlen und mehr Renten ausgezahlt werden,

erhöhen sich die Rentenbeiträge. Ohne Reformen könnten die steigenden Abgaben die zukünftige Arbeitsmarktentwicklung beeinträchtigen. Die Beiträge zum Rentensystem können vom erwarteten Anstieg der Rentenausgaben nur abgekoppelt werden, wenn mehr ergänzende Altersvorsorge über Kapitalmärkte betrieben wird. Hierfür benötigt man allerdings Zeit, bis ausreichende Zusatzrenten erwirtschaftet werden. Daher sind dringend Entscheidungen über eine ergänzende Altersvorsorge und über angemessene Reformen des bisherigen Rentensystems notwendig.

Schlüsselbegriffe:

demografischer Wandel

Alterungsprozess

Fachkräftemangel

Rentenfinanzierung

Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Das Problem

Deutschland steht direkt vor einer akuten Phase des demografischen Wandels, in der die Zahl der Erwerbspersonen zu sinken beginnt, während die Zahl der Personen im Rentenalter stark steigt. Dieser Prozess vollzieht sich in den nächsten 20 Jahren schneller und stärker als in den meisten anderen EU- oder OECD-Staaten. Er führt aller Voraussicht nach zu einer dauerhaften Verschiebung der Altersstruktur der Wohnbevölkerung, die bei der Finanzierung von Renten, Gesundheitssystem und Pflege große Spannungen erzeugen wird. Gleichzeitig werden junge, vor allem gut ausgebildete Arbeitskräfte immer dringender gesucht werden.

Diese Entwicklungen sind seit rund vierzig Jahren absehbar, auch wenn sich das genaue Ausmaß des demografischen Wandels erst im Lauf der Zeit immer klarer abgezeichnet hat. Die Politik hat in den letzten 30 Jahren verschiedene Reformen ergriffen, um die Folgen des demografischen Wandels abzumildern. Ohne die dabei vorgenommenen Änderungen des Zuwanderungs-, Arbeits- oder Rentenrechts wären die Perspektiven für die nächsten 20 Jahre noch herausfordernder. Eine Strategie, mit der sich die Entstehung von Spannungen in den Sozialfinanzen frühzeitig hätte eindämmen lassen, wurde allerdings nicht entwickelt. Darum kann jetzt nur noch versucht werden, die entstandenen Belastungen fair zu verteilen.

Demografischer Wandel: Ursachen und Verlauf

Die demografische Entwicklung lässt sich für lange Zeiträume recht verlässlich vorausberechnen (Statistisches Bundesamt 2019). Die Größe und Altersstruktur der Wohnbevölkerung Deutschlands wird noch viele Jahre maßgeblich von der

heutigen Bevölkerungszahl und -zusammensetzung bestimmt. Die meisten Menschen, die 2040 in Deutschland leben werden, sind heute bereits Einwohnerinnen und Einwohner dieses Landes.

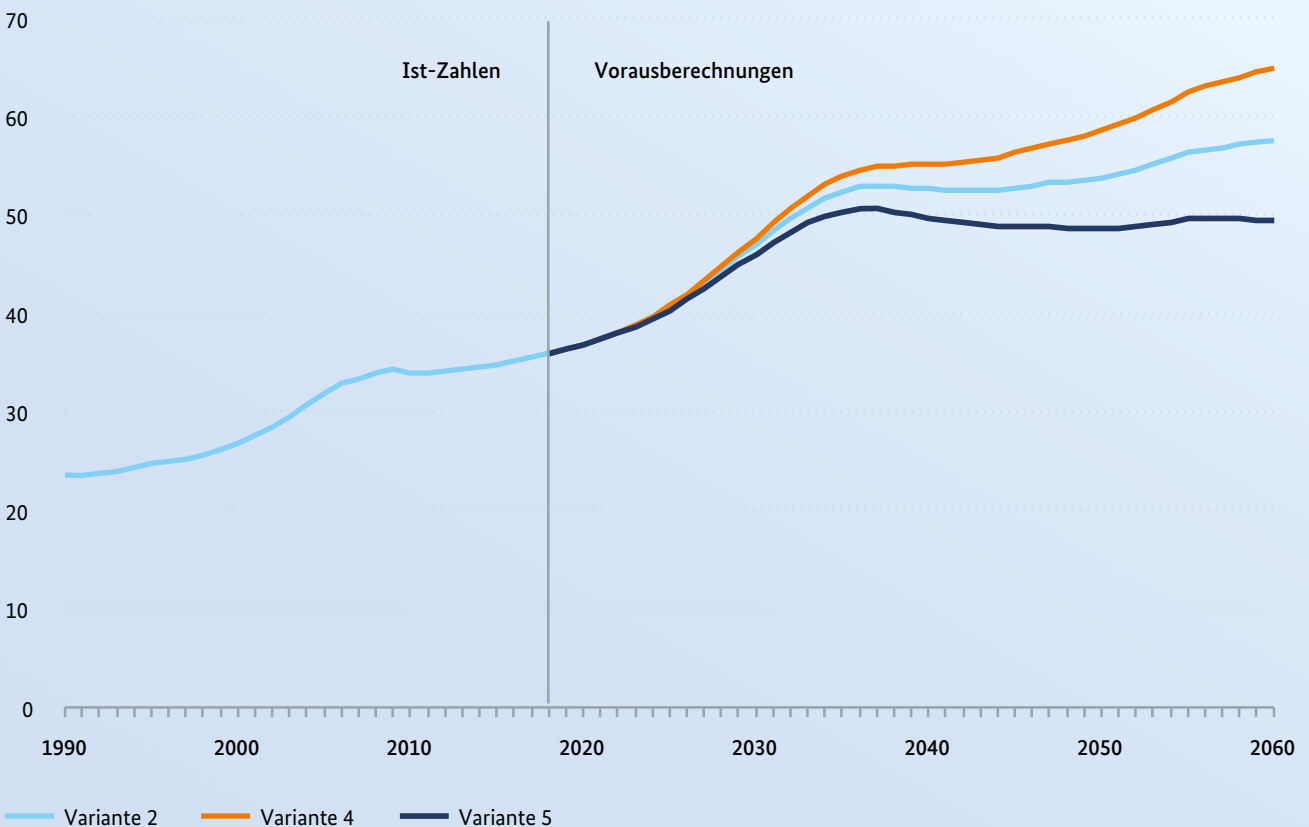
Unsicherheiten betreffen vor allem die zukünftige Entwicklung der Zu- und Abwanderungen und in geringerem Maß die Entwicklung von Geburten- und Sterberate. So können Zu- und Abwanderungen binnen kurzer Zeit stark schwanken und Veränderungen der Bevölkerung durch Geburten und Todesfälle in die eine oder andere Richtung modifizieren. Die Zahl der jährlichen Geburten und jene der Sterbefälle unterliegen dagegen relativ stabilen Trends, die seit Jahrzehnten anhalten (Statistisches Bundesamt 2022).

Wegen der großen Trägheit solcher demografischer Entwicklungen werden diese in Deutschland auf Sicht vor allem von starken Veränderungen der Geburtenzahlen zwischen 1955 und 1975 bestimmt. Hinzu kommt ein anhaltender Anstieg der Lebenserwartung. Nach einem im internationalen Vergleich relativ späten und eher schwachen „Babyboom“ in den 1960er Jahren sanken die Geburtenzahlen anschließend schneller und stärker als in praktisch allen vergleichbaren Ländern (Cigno und Werding 2007, Kap. 1), mit annähernd identischen Verläufen in West- und Ostdeutschland. Seitdem verharrte die Fertilität in Westdeutschland rund 40 Jahre lang auf einem unverändert niedrigen Niveau, während sie in Ostdeutschland zunächst wieder anstieg, nach der Wiedervereinigung dagegen für einige Jahre noch deutlich niedriger ausfiel.

Die anhaltend geringen Geburtenzahlen erklären mehr als 70 Prozent des bis 2040 erwarteten demografischen Alterungsprozesses, die steigende Lebenserwartung rund 15 Prozent und vorübergehende Effekte des Babybooms gut 10 Prozent

Abb. 1: Die Altersstruktur der Wohnbevölkerung verschiebt sich bis 2035 stark und dauerhaft

Personen im Alter 65+ je 100 Personen im Alter 20–64



Quelle: Statistisches Bundesamt (2022)

(Wissenschaftlicher Beirat beim BMWi 2021). Längerfristig wird die demografische Alterung nicht wieder zurückgehen. Unter günstigen Annahmen bleibt die verschobene Altersstruktur nach 2040 konstant, unter ungünstigen Annahmen geht der Alterungsprozess langsam weiter (vgl. Abb. 1; Statistisches Bundesamt 2019).

Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Wegen der niedrigen Geburtenzahlen fängt die Zahl der Personen im Erwerbsalter in Deutschland

demnächst an zu schrumpfen. Selbst eine hohe Zuwanderung kann dies in Zukunft nicht mehr ausgleichen. So ist bis zum Jahr 2040 mit einem Rückgang der Erwerbspersonenzahl um rund 10 Prozent, bis 2060 mit einem Rückgang um rund 20 Prozent zu rechnen – trotz ständiger Zuwanderung und steigender Erwerbsbeteiligung (Fuchs u. a. 2021).

Vorausschätzungen dieser Art sind mit größerer Unsicherheit behaftet als Vorausberechnungen zur demografischen Entwicklung. Die Erwerbsbeteiligung ist verhaltensabhängig und wird von vielen

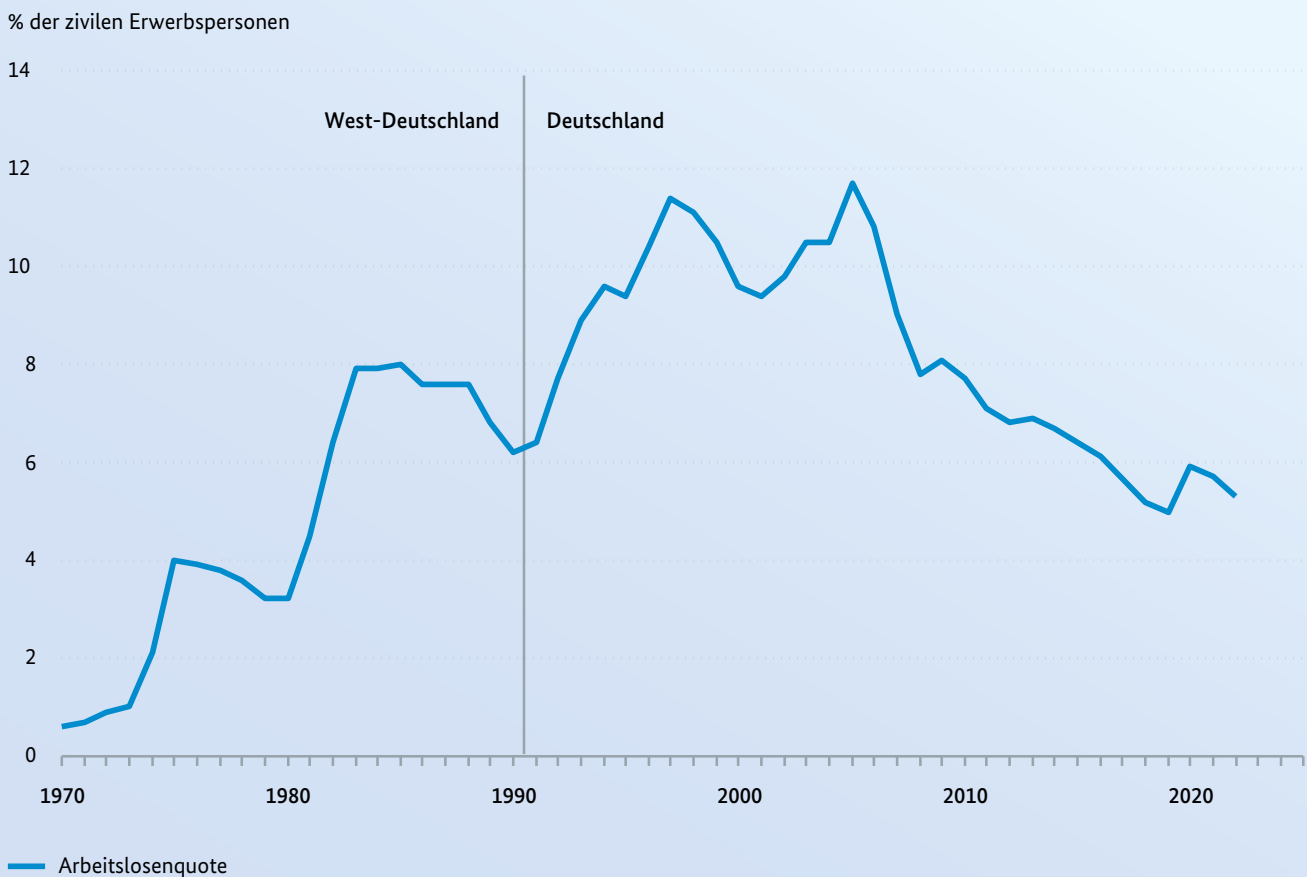
Faktoren beeinflusst. Bei der Abschätzung der Zahl der tatsächlich Erwerbstätigen ist zudem noch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen, die konjunkturellen Schwankungen und längerfristigen Trends in wechselnde Richtungen unterliegen kann.

Insgesamt ist jedoch damit zu rechnen, dass sich in Deutschland in den nächsten zwanzig Jahren ein allgemeiner Fachkräftemangel herausbildet. Bereits heute bestehen für manche Branchen und Berufe – solche mit höheren und auch solche mit mittleren Qualifikationen – spürbare Fachkräfteengpässe

(Bundesagentur für Arbeit 2022). Wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht im gleichen Maße sinkt wie das Angebot, stärkt diese Entwicklung die Position jüngerer Arbeitskräfte im Arbeitsmarkt und könnte zu einem verringerten Arbeitslosigkeitsrisiko und attraktiveren Arbeitsbedingungen führen.

Bis Anfang der 2000er Jahre ist die Arbeitslosenquote in (West-)Deutschland in ihrer Tendenz, mit gewissen konjunkturellen Schwankungen, kontinuierlich gestiegen (s. Abb. 2). Im Jahr 2005 erreichte sie einen Spitzenwert bei 11,7 Prozent.

Abb. 2: Die Arbeitsmarktentwicklung hat sich seit 2005 spürbar verbessert



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2022)

Nach einer bemerkenswerten Trendwende ist sie anschließend aber wieder deutlich zurückgegangen, auf aktuell unter 6 Prozent. Unternehmen haben mittlerweile oft große Mühe, freie Stellen zu besetzen, während qualifizierte Arbeitskräfte die Wahl zwischen mehreren Jobs haben. Beides könnte sich in Zukunft noch verstärken.

Sinkende Erwerbspersonenzahlen sind aber kein Garant dafür, dass die Arbeitsmarktlage in den nächsten Jahren und Jahrzehnten für alle günstig bleibt, die neu auf den Arbeitsmarkt kommen oder ihre Beschäftigung wechseln. Die Demografie liefert wichtige Ausgangsdaten für das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage in den Arbeitsmärkten. Ein Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit wird von dieser Seite her weniger wahrscheinlich. Gleichzeitig liefert der demografische Wandel aber auch Gründe, sich um die Beschäftigungschancen und Nettoeinkommen jüngerer und zukünftiger Arbeitskräfte Sorgen zu machen.

Auswirkungen auf öffentliche Finanzen und Rentensystem

Die öffentlichen Ausgaben eines Landes werden stark von der Größe der Gesamtbevölkerung bestimmt. Diese sinkt in Deutschland aber wesentlich langsamer als die Erwerbspersonenzahl, wegen der steigenden Anzahl älterer Menschen. Zu den Einnahmen des Staates tragen dagegen die Erwerbstätigen weit überproportional bei. Die demografische Alterung erzeugt daher eine große Herausforderung für die öffentlichen Finanzen (Bundesministerium der Finanzen 2020, Werding u. a. 2020).

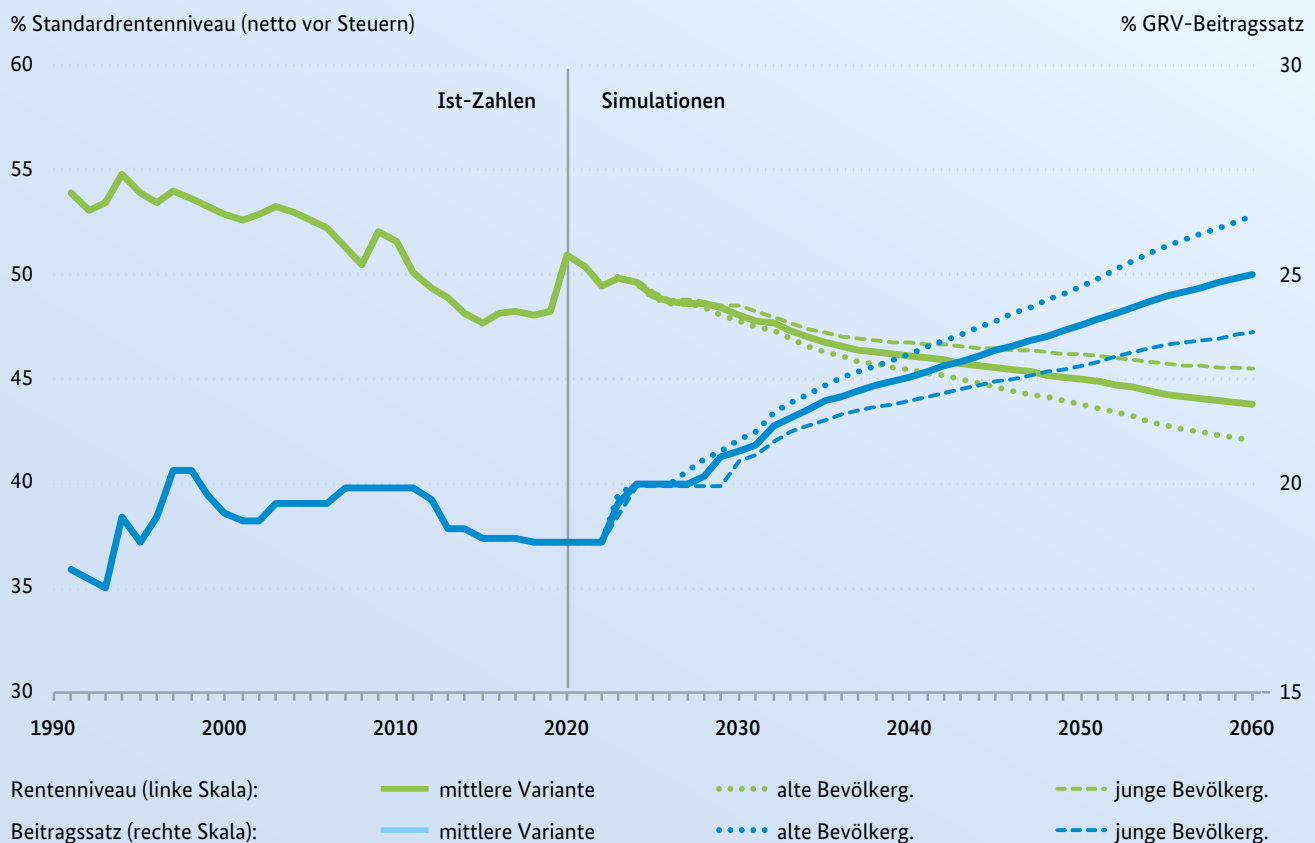
Besonders deutlich wird die absehbare Spannung zwischen Ausgaben und Einnahmen bei den gesetzlichen Sozialversicherungen. Diese werden fast vollständig im sogenannten „Umlageverfah-

ren“ finanziert. Das heißt, dass die gezahlten Beiträge jedes Jahr direkt wieder für anfallende Versicherungsleistungen ausgegeben werden und dass die Beitragssätze nötigenfalls an steigende Ausgaben angepasst werden müssen. Die Leistungen der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung werden stark von der Altersstruktur der Versicherten beeinflusst. Beiträge zur Rentenversicherung zahlen dagegen praktisch nur Personen im Erwerbsalter. Bei der Kranken- und Pflegeversicherung zahlen sie den größten Teil davon.

In der Rentenversicherung ist ohne Anpassungen des heute geltenden Rechts für die nächsten Jahre und Jahrzehnte mit ständig steigenden Beitragssätzen zu rechnen, obwohl das Sicherungsniveau der Renten sukzessive sinkt (s. Abb. 3). Als „Sicherungsniveau“ bezeichnet man – grob ausgedrückt – das Verhältnis zwischen der Rente langzeitversicherter Durchschnittsverdienender und dem aktuellen Durchschnittslohn aller Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Ein sinkendes Niveau bedeutet somit, dass die Renten im Lauf der Zeit langsamer steigen als die Löhne. Schon heute wird diskutiert, ob die Renten nicht zu niedrig und die Beiträge – zumindest in der Summe mit allen anderen Sozialbeiträgen – trotzdem zu hoch seien. Die finanzielle Anspannung des Systems wird bis 2040 und darüber hinaus aber weiter zunehmen. Diskussionen darüber dürften daher andauern und sich noch verschärfen.

Trotz einer Reihe von Reformen, die Anfang der 2000er-Jahre in mehreren Schritten vorgenommen wurden, könnte der Beitragssatz der Rentenversicherung von heute 18,6 Prozent der beitragspflichtigen Bruttolöhne bis zum Jahr 2040 auf 22,6 Prozent und bis zum Jahr 2060 weiter auf 25 Prozent steigen (vgl. Abb. 3, mittlere Variante). Gleichzeitig könnte das Sicherungsniveau der Renten von rund 49 Prozent auf 46 Prozent und weiter auf 44 Pro-

Abb. 3: Die Beitragssätze zur Rente müssen deutlich steigen, obwohl das Sicherungsniveau der Renten sinkt



zent der durchschnittlichen Löhne sinken. Trifft man günstigere oder ungünstigere Annahmen zur demografischen Entwicklung (vgl. Abb. 1), ändern sich die Verläufe des Rentenbeitragssatzes und des Sicherungsniveaus gesetzlicher Renten (vgl. Abb. 3, „junge“ und „alte“ Bevölkerung). Die ungünstigen Trends beider Kennziffern für die Rentenfinanzen bleiben aber erhalten.

Nicht berücksichtigt wird bei diesen Berechnungen die in aktuellen Diskussionen häufig geforderte Einführung einer dauerhaften „Haltelinie“ für das Sicherungsniveau der Renten. Würde man

beschließen, dass das Sicherungsniveau dauerhaft nicht unter 48 Prozent fallen darf, müsste der Rentenbeitragssatz bis zum Jahr 2040 auf 23,5 Prozent und bis zum Jahr 2060 sogar auf rund 27 Prozent steigen.

Die Summe aller Sozialversicherungsbeiträge, die aktive Versicherte und ihre Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zahlen müssten, könnte unter solchen Umständen – ausgehend von derzeit 40 Prozent der beitragspflichtigen Bruttolöhne – ungefähr im Jahr 2040 die 50-Prozent-Grenze überschreiten und bis zum Jahr 2060 weiter auf 60 Prozent

anwachsen (Werdning 2021). Bei den Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung ist im Zuge des demografischen Wandels nämlich ebenfalls mit einem Anstieg zu rechnen. Wenn so hohe Beitragssätze die Beschäftigungsentwicklung beeinträchtigen, ergeben sich auch noch höhere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Dass die Erwerbstätigen von ihren Löhnen neben den Sozialbeiträgen auch noch Steuern zahlen müssen, ist in den genannten Belastungen noch nicht enthalten.

Einschränkungen

Die hier genannten Werte für Beitragssätze und Sicherungsniveau dürfen nicht als exakte Vorhersagen verstanden werden. Sie sind mit noch größeren Unsicherheiten behaftet als die Vorausschätzungen zum zukünftigen Erwerbspotenzial, weil sie von zahlreichen weiteren, im Vorhinein unbekanntem Faktoren abhängen. Solche Simulationen haben jedoch dann eine gewisse Aussagekraft, wenn unterschiedliche Annahmen immer zu mehr oder weniger ungünstigen Ergebnissen führen (etwa in Werdning u. a. 2020; Werdning 2021). In diesem Fall erlauben sie klare Trendaussagen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Finanzierung von Renten und anderen öffentlichen (Sozial-)Ausgaben und geben eine aus heutiger Sicht plausible Vorstellung von der Größenordnung dieser Effekte.

Schlussfolgerungen

Simulationen mit abweichenden Annahmen zeigen, dass eine höhere Zuwanderung von Arbeitskräften, eine stärker steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitskräften und sehr langfristig auch ein Wiederanstieg der Geburtenzahlen Beiträge dazu leisten können, die Effekte des

demografischen Wandels zu mildern. Es existiert jedoch keine einzelne „Stellschraube“ im Bereich der Rentenfinanzen und ihrer Grundlagen, mit der diese Effekte vollständig ausgeglichen werden könnten. Selbst eine Kombination vieler günstiger Entwicklungen und Einzelmaßnahmen würde die negativen Auswirkungen des bevorstehenden Alterungsprozesses nicht vollständig abwenden.

Unter dem geltenden Recht erzeugt der demografische Wandel im Rentensystem Belastungen in Form steigender Beitragssätze und eines sinkenden Sicherungsniveaus. Beide Arten von Belastungen lassen sich anders aufteilen. So könnte durch unterschiedliche Rentenanpassungen dafür gesorgt werden, dass hohe Renten langsamer steigen als niedrige Renten. Der Anstieg der Beitragssätze ließe sich durch Umfinanzierung aus Steuermitteln begrenzen. Im Lauf der Zeit würden dafür allerdings jährlich zwei- bis dreistellige Milliardenbeträge benötigt. Diese würden entweder öffentliche Ausgaben anderer Art verdrängen oder eine Erhöhung aufkommensstarker Steuern wie der Einkommen- oder der Mehrwertsteuer erfordern, mit sehr verschiedenen Auswirkungen auf die Einkommensverteilung. Jede dieser Maßnahmen würde die Lasten zwischen den Rentnerinnen und Rentnern sowie innerhalb der Bevölkerung im Erwerbsalter (etwas) anders verteilen. Die Höhe der Belastung bliebe aber unverändert. Vor allem die gesellschaftliche Herausforderung einer gerechten Aufteilung der Belastungen zwischen Angehörigen der älteren und jüngeren Generation bliebe weitgehend ungelöst.

Jüngere und zukünftige Generationen müssen nach den hier vorgestellten Berechnungen einen deutlich höheren Anteil ihres Erwerbseinkommens in die Renten- sowie in die Kranken- und Pflegeversicherung einzahlen als die heutigen Beitragsszahler. Gleichzeitig wäre das Sicherungsniveau ihrer eigenen Renten spürbar geringer. Wenn sie

zum Ausgleich für die Belastung durch steigende Sozialabgaben höhere Bruttolöhne durchsetzen, zum Beispiel durch Streiks, werden in Deutschland produzierte Güter und Dienstleistungen teurer. Sie könnten im Ausland wie im Inland dann weniger gekauft werden als bisher. Wenn die Lohnentwicklung dagegen moderat bleibt, werden in Deutschland erzielbare Nettoeinkommen weniger attraktiv. Anstelle der erhofften Zuwanderung könnten junge Arbeitskräfte dann anfangen auszuwandern. So oder so trüben die absehbaren Entwicklungen die eigentlich günstigen Aussichten für die zukünftige Arbeitsmarktsituation.

Angesichts dieser Perspektiven kommt der ergänzenden Altersvorsorge eine besondere Bedeutung zu: Wenn Beitragsmittel zunächst mit möglichst hoher Rendite an den Kapitalmärkten angelegt und erst später für Renten ausgegeben werden, kann die Entwicklung der Beitragssätze von der Höhe der jährlichen Rentenausgaben entkoppelt werden. Sobald sich daraus in angemessenem Umfang zusätzliche Altersrenten finanzieren lassen, könnte das Niveau der Umlagerenten (weiter) reduziert werden. Effektiv würde so ein Teil des für die Zukunft erwarteten Anstiegs der Beiträge zur Alterssicherung vorgezogen, um ihn langfristig zu begrenzen. Der Aufbau kapitalgedeckter Altersvorsorge erfordert allerdings Zeit und wäre daher besser schon früher konsequent eingeleitet worden.

Spätestens von 2030 an wird die Rentenfinanzierung aus heutiger Sicht für alle Beteiligten zunehmend schwierig werden. Daher sind nun dringend Entscheidungen fällig, ob und gegebenenfalls wie jüngere und zukünftige Erwerbspersonen von den Effekten des demografischen Wandels entlastet werden sollen. Nur so ließe sich der ständig steigende Druck auf Beitragssätze und Renten dämpfen und langfristig unter Umständen sogar überwinden.

Literatur:

Bundesagentur für Arbeit (2022), Fachkräfteengpassanalyse 2021, BA: Nürnberg. [https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?topic_f=fachkraefte-engpassanalyse]

Bundesministerium der Finanzen (2020), Tragfähigkeitsbericht 2020, BMF: Berlin. [https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/2020-03-11-tragfaehigkeitsbericht.html]

Cigno, A. und M. Werding (2007), Children and Pensions, MIT-Press: Cambridge, MA, London. [<https://mitpress.mit.edu/9780262537247/children-and-pensions/>] NB: Kein kostenloser Download des Buchs verfügbar]

Deutsche Rentenversicherung (2022), Rentenversicherung in Zeitreihen, DRV: Berlin. [<https://statistik-rente.de/drv/extern/zeitreihen/>]

Fuchs, J., D. Söhnlein und B. Weber (2021), Projektion des Erwerbspersonenpotenzials bis 2060, IAB-Kurzbericht Nr. 25/2021, IAB: Nürnberg. [<https://doku.iab.de/kurzber/2021/kb2021-25.pdf>]

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2022), Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf: Entwicklung der Arbeitslosenquote (Jahreszahlen) 2022, BA: Nürnberg. [https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/Aktuell/iiia4/laender-heft/laender-heft-dl-0-xlsx.xlsx?__blob=publicationFile&v=4]

Statistisches Bundesamt (2019), Bevölkerung im Wandel: Annahmen und Ergebnisse der 14. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung,

Statistisches Bundesamt: Wiesbaden. [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressekonferenzen/2019/Bevoelkerung/pressebroschuere-bevoelkerung.pdf?__blob=publicationFile]

Statistisches Bundesamt (2022), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Zusammenfassende Übersichten Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 1946–2021, Statistisches Bundesamt: Wiesbaden. [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Eheschliessungen-Ehescheidungen-Lebenspartnerschaften/Publikationen/Downloads-Eheschliessungen/zusammen-eheschliessungen-geborene-gestorbene-5126102217004.pdf?__blob=publicationFile]

Werdning, M., K. Gründler, B. Läßle, R. Lehmann und N. Potrafke (2020), Modellrechnungen für den Fünften Tragfähigkeitsbericht des BMF, ifo Institut: München. [<https://www.ifo.de/publikationen/2020/monographie-autorenschaft/modellrechnungen-tragfaehigkeitsbericht>]

Werdning, M. (2021), Demografische Alterung und öffentliche Finanzen: Wie geht es nach der Covid-19-Krise weiter?, Bertelsmann Stiftung: Gütersloh. [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Studie_MT_Werdning_Demografische_Alterung_und_oeffentliche_Finanzen_2021.pdf]

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2021), Vorschläge für eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (Gutachten), BMWi: Berlin. [<https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Ministerium/Veroeffentlichung-Wissenschaftlicher-Beirat/wissenschaftlicher-beirat-vorschlaege-reform-gutachten.html>]

Weiterführende Literatur:

Eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme aus der Zeit der letzten größeren Rentenreformen, mit größtenteils noch aktuellen Befunden: Hamm, I., H. Seitz und M. Werdning (Hrsg.; 2007), Demographic Change in Germany: The Economic and Fiscal Consequences, Springer: Berlin, Heidelberg, New York. [<https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-540-68137-3>]

Der Endbericht der „Rentenkommission“, die in der Legislaturperiode 2017–21 von der damaligen Bundesregierung eingesetzt wurde: Kommission Verlässlicher Generationenvertrag (2021), Bericht der Kommission, BMAS: Berlin. [<https://www.bmas.de/DE/Soziales/Rente-und-Altersvorsorge/Kommission-Verlaesslicher-Generationenvertrag/Bericht-der-Kommission/bericht-der-kommission.html>]

Tagungsbeiträge zum uneingelösten Reformbedarf vor der letzten Bundestagswahl: Deutsche Rentenversicherung (Hrsg., 2020), Sonderheft „Rentenpolitik vor Zukunftsentscheidungen“, Deutsche Rentenversicherung, 75. Jg., Heft 1/2020 (diverse Beiträge). [https://www.deutsche-rentenversicherung.de/SharedDocs/Downloads/DE/Zeitschriften/DRV_Hefte_deutsch/2020/heft_1.pdf?__blob=publicationFile&v=1]

